

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Monatlichlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Bestellungen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstands
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Verbandsrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Verbandsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Verlagsdruckerei: Koss 711, Nr. 1720.

Nr. 86.

Berlin, Sonnabend, 28. Oktober 1911.

Dreissigste Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Arbeit! — Die Hygiene der Fabriken. — Aus der Praxis der Arbeiterbewegung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereine. — Verbandsrat. — Anzeigen.

Arbeit!

Drei Tage hat bereits im Reichstage die Redeschlacht über die Teuerung gedauert, und zur Zeit, da diese Betrachtungen geschrieben werden, tobt der Kampf noch weiter. Die Entscheidung ist jedoch schon jetzt gefallen: Es wird alles beim alten bleiben. Der laute Schrei des Volkes nach billigerer Nahrung ist ungehört verhallt.

Zur Beratung standen drei Interpellationen: des Zentrums, der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei. Das Zentrum trat an, ob der Reichskanzler Auskünfte geben will, inwiefern eine außergewöhnliche Preissteigerung der Nahrungs- und Futtermittel eingetreten ist, und welche Maßnahmen getroffen werden sollen, um dem Uebelstand ohne Schädigung der einheimischen Produktion entgegenzuwirken. In der sozialdemokratischen Interpellation wurde der Reichskanzler nach den Maßnahmen gefragt, mit denen er der notorischen Teuerung der notwendigen Lebens- und Futtermittel, die zu einer Katastrophe für den größten Teil des deutschen Volkes geworden ist, entgegenzutreten gedenke. Die Fortschrittler fragten ebenfalls nach den Maßnahmen gegenüber der Teuerung der Lebensmittel und den Folgen des Futtermangels und wiesen gleichzeitig auf den Weg der Hilfe hin, indem sie fragten, ob nicht auf eine wenigstens zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle sowie auf die Herabsetzung des Systems der Einfuhrzölle hingewirkt werden könne.

Schon die Begründung der Interpellation ließ klar die Stellung der Parteien zur Frage der Teuerung erkennen. Der Redner des Zentrums bestritt, daß der Notstand so groß sei, daß eine Aenderung des Zollsystems vorgenommen werden müßte. Höchstens eine zeitweilige Begrenzung des Systems der Einfuhrzölle auf Nahrung und Wein kommt für ihn in Betracht. In ausgedehnten Reden schilderten die Abgeordneten Scheide- mann und Dejer die wirtschaftspolitische Lage und forderten energisch Abhilfe vom Reichskanzler. In Einzelheiten vielleicht voneinander abweichend, im großen ganzen aber übereinstimmend, verlangten sie eine Aenderung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, die in der Hauptsache die Schuld an den herrschenden Missetänden trägt.

Die Antwort auf die Interpellationen wurde vom Reichskanzler selbst erteilt, der die Gelegenheit benutzte, in einer langen Rede die von der Regierung betriebene Politik zu verteidigen und daran gleichzeitig Betrachtungen zu knüpfen, aus denen die Parole für die kommenden Reichstagswahlen deutlich herausklang. Der Reichskanzler ist der Meinung, daß die Folgen der diesjährigen Dürre Anlage gegeben haben zu einer allgemeinen Anklage gegen unsere Wirtschaftspolitik. Diesen Angriffen — so erklärte Herr von Bethmann Hollweg — werden die Verbindenden Regierungen wie bisher einen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Eine Beseitigung der Zölle ist für ihn ausgeschlossen; auch von einer Subvention, d. h. einer zeitweiligen Aufhebung, will er nichts wissen. Eine Aenderung des Einfuhrzollsystems hält er zwar für diskutabel, aber nicht für zweckmäßig, weil sie doch keinen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge hätte. Nichts läge doch da näher, als einmal einen Versuch zu machen. Der Öffnung der

Grenzen zur Einfuhr von Vieh und Fleisch steht der Reichskanzler ein entschiedenes „Nein!“ entgegen. Unsere inländische Fleischproduktion, die 95 Prozent des Gesamtbedarfs zu decken imstande ist, mache das überflüssig. Mit welchen Opfern diese inländische Fleischproduktion für die gesamte Bevölkerung verkümpft ist, davon weiß der Reichskanzler nichts. Er ist denn auch zu der Überzeugung gelangt, daß alle die vorgeschlagenen Mittel über die bedrängte Lage nicht hinweghelfen. Ubrigens sei die Geschichte gar nicht so schlimm: An Brotgetreide sei kein Mangel vorhanden, die Preise dafür seien nicht überhöht, die für Fleisch nicht abnorm. Zu der Presse würden die Teuerungsverhältnisse stark übertrieben, und dadurch können erst die Händler darauf, so hohe Preise zu fordern. Mit anderen Worten, nicht unsere Wirtschaftspolitik, sondern die Preise ist schuld an den herrschenden Missetänden. Zum Schluß kam ein Loblied auf die Wirkungen der Wirtschaftspolitik, an der entschlossen festzuhalten der Reichskanzler für seine Pflicht gegen das Land erachtet.

Der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer-Rieker, der seinem hohen Chef bei der Verteidigung seiner undankbaren Aufgabe zur Seite trat, lieferte mit seinen Ausführungen nur einen dümmen Anfang von dem, was der Reichskanzler geboten hatte. Derselben Argumente, dieselben Schlagwörter, nur weniger wirkungsvoll. Viel Aufhebens machte er von der Ermäßigung der Tarife, die für Preußen allein einen Anfall von 10—15 Millionen Mark zur Folge gehabt hätten. Was diese Summe gegenüber der Not des Volkes bezeugen will! Auch dieser Herr ist der Meinung, daß die Not nicht so groß ist. Die Ernte ist nach seiner Meinung großartig ausgefallen. Freilich, die Herren merken nichts von den Teuerungsverhältnissen. Sie wissen nicht, wie den breiten Schichten der Bevölkerung zu Mute ist. Sie singen alle dieselbe Melodie, nur in etwas anderer Tonart.

Auf die Debatten im einzelnen näher einzugehen, würde zu weit führen. Silie von der Gesetzgebung hat das Volk nicht zu erwarten. Agrarisch ist Truntpf, und wenn der vorige Reichskanzler Fürst Bülow für sich den Ruhm in Anspruch nahm, ein agrarischer Kanzler zu sein, so wird sein Licht tief in den Schatten gestellt durch seinen Nachfolger von Bethmann Hollweg, der sich ohne Annäherung einen liberalearischen Kanzler nennen darf. Das Volk aber darf weiter hungern zur Ehre unserer „bewährten Wirtschaftspolitik“. Es ist ja nicht verwöhnt und hat von dieser Regierung und diesem Reichstage nicht allzuviel erwartet. Aber daß so wenig Entgegenkommen gezeigt würde, daß man nicht einmal die kleinen Mittel zur Linderung der Teuerungsverhältnisse anwenden würde, das war dem doch nicht anzunehmen.

Die Erbitterung im Volke über die Missetände, die wie Hohn und Spott fliegen, hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Antwort wird nicht ausbleiben. Der Reichskanzler hat eine Wahlrede gehalten, und bei den Wahlen wird mit ihm Abrechnung gehalten werden. Das Datum für die Reichstagswahlen ist jetzt endlich festgelegt. Leider ist nicht anzunehmen, daß bis dahin die Teuerung nachgelassen hat. Um so deutlicher wird sich ihre Wirkung bei der Wahl geltend machen. Mit den Parteien, die dem Reichskanzler jetzt zumbeiben, die die Stützen der von ihm verberückten Wirtschaftspolitik bilden, wird dabei ein deutliches Wörtchen gesprochen werden. Ihr volkschädigendes Treiben muß endlich ein Ende haben. Selbst dem Gleichgültigsten haben die letzten Verhandlungen im Reichstage die Augen geöffnet. Und das ist das Gute, das die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber allen Abhilfemaßregeln gerechtfertigt hat.

Auch die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine werden ihre Aufmerksamkeit darauf ziehen und ihren Mann stehen. Sinein in die Wahlversammlungen! das muß jetzt die Parole sein. Die Kandidaten müssen befragt werden, wie sie sich im Falle ihrer Wahl zu der Wirtschaftspolitik des Herrn von Bethmann Hollweg stellen. Wer sie untertüt, kann auf unsere Stimmen nicht rechnen. Das ist kein Verstoß gegen die von den Gewerksvereinen geübte politische Neutralität, es ist vielmehr unsere Pflicht, nach dieser Richtung hin Aufklärung zu verschaffen. Die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine sind als Arbeiter Staatsbürger wie alle anderen, und sie werden zeigen, daß sie das frevelhafte Spiel, das mit ihnen getrieben wird, sich nicht länger gefallen lassen. Gerade der neue Reichstag hat, abgesehen von allem andern, auf wirtschaftspolitischen Gebieten sehr bedeutende Entscheidungen zu fällen. Sorgen wir deshalb für eine Zusammenfassung, die dem jetzigen System ein Ende bereitet, vor allem die Vorherrschaft der Agrarier beseitigt und Leute von den Anschauungen eines Bethmann Hollweg an der Spitze der Regierung einfach unmöglich macht!

Die Hygiene der Fabriken.

Von Dr. med. Danauer, Frankfurt a. M.

Beim Bau von Fabriken sollen nur poröse Bausteine verwendet werden, damit die natürliche Lüftung nicht behindert wird. Bis zu einer gewissen Grenze ist ein Baumaterial in hygienischer Beziehung um so besser, je poröser es ist. Hierbei ist wohl zu beachten, daß der Verwurf und der Anstrich der Wände von außen oder der Verwurf und Anstrich von innen die Mitte des Baumaterials mehr oder weniger herabsetzen werden. Im allgemeinen ist anzunehmen, daß poröse Baumaterialien das Wasser, welches sie aufgenommen haben, desto rascher abgeben, je größerförmiger sie sind. Die sich auf den Baugrund aufhebenden Wände (Fundamente) müssen vor allem gegen die aufsteigende Erdfeuchtigkeit geschützt werden, weil sonst die Wände dauernd durchfeuchtet bleiben würden.

Die Fußböden in Fabriken werden aus feinsten oder natürlichen Steinen, aus dichten Gesteinen oder dergleichen hergestellt. Holz ist als Fußbodenbelag nur für solche Räume geeignet, in denen keine erheblichen Mengen von Flüssigkeiten auf den Fußboden gelangen. In letzterem der Fall, so muß der Fußboden aus Steinmaterial hergestellt werden. Steinmaterial hat aber die Eigenschaft, die Wärme gut zu leiten, daher den Nachteil, daß es kühl ist. Bei der Wahl des Fußbodenbelages ist die Abnutzbarkeit desselben von besonderer Wichtigkeit, indem weiche Materialien leichter verschleifen als harte und demzufolge auch mehr Staub verurachen. In denjenigen Räumen, in welchen die Fußböden dauernd mit Flüssigkeiten in der Weise bedeckt sind, daß die Füße des Arbeiters dauernd dem Einflusse der Kälte entzogen werden müssen, sind die Fußböden mit einem Lattenrost zu belagen.

Was die baulichen Einrichtungen zur Vermittlung des Verkehrs anlangt, so sind vor allem die Reinigung und Unterhaltung des Treppenbaues als besonders wichtige Erfordernisse einer guten Treppenanlage anzusehen. Es müssen daher zweckdienliche Materialien gewählt und konstruktive Anordnungen getroffen werden. Die Reinigung der Treppen ist besonders aus dem Grunde wichtig, weil durch die lebhaften Bewegungen beim Auf- und Abgehen wie beim Transport von Waren leicht Staub aufgewirbelt werden kann, der in die Atmungsorgane um so leichter eindringt, als das Treppenbleichen zum langsamein oder tiefen Atmen zwingt. Es sollen durch das

ganze Treppenhaus, wie die Treppen auch die Fußböden der Flure und Podeste aus glatten, abwaschbaren Stoffen hergestellt werden.

Was die Zahl der Treppen in Fabriken anlangt, so müssen in drei- und mehrgeschossigen Fabrikgebäuden mindestens zwei genügend voneinander entfernte Treppenhäuser vorhanden sein, wenn die Zahl der in den hochgelegenen Geschossen beschäftigten Personen mehr als 40 beträgt.

Was die Beleuchtung anlangt, so kommen hinsichtlich der natürlichen Beleuchtung gewerblicher Anlagen für Seitenfenster vorwiegend eiserne Rahmen in Betracht. Sehr wünschenswert ist eine gute Dichtung der Fenster gegen Regen, Schnee und Föhnzug. Bei der Anordnung der Oberlichtfenster handelt es sich neben der Erzielung einer guten Beleuchtung um die möglichst rasche Abführung der äußeren Niederschläge, sowie um die Vermeidung oder um die sichere Ableitung von Niederschlägen (Schwitzwasser), die an der inneren Seite entstehen, wenn wärmere mit Feuchtigkeits beladene Luft stark wärmeleitende, abgefüllte Konstruktionssteile trifft. Die Abführung äußerer Niederschläge ist verhältnismäßig leicht; auch lassen sich dauerhafte Dichtungen unschwer gegen dieselben herstellen. Die gute Ableitung und Verhütung der Bildung des inneren Schwitzwassers bietet dagegen nicht unerhebliche Schwierigkeiten.

Was die künstliche Beleuchtung anlangt, so können für Fabriken alle Lichtquellen: Petroleum, Gas und elektrisches Licht in Betracht kommen. Ueber die Zahl der Gasflammen für Arbeitsstätten liegen nur spärliche Angaben vor. Sirt rechnet für einen für 20 Mann bestimmten Arbeitsaal von 10 Meter Länge und 10 Meter Breite und 3 bis 3 1/2 Meter Höhe 3 Lichtflammen (Arand-Brenner mit Zylinder), bei sehr hellen Arbeiten 4 Flammen, welche eine stündliche Verbrennung von je 160 bis 190 Liter Gas und eine Lichtstärke von 16 Normalkerzen haben. Auf 6 bis 7 Mann kommt hiernach eine Flamme und bei feinen Arbeiten eine solche auf 5 Mann. Im allgemeinen kann für die Anordnung des künstlichen Lichtes als Regel gelten, daß die Quelle des Lichtes sich befinden muß, wo die Quelle des natürlichen Lichtes liegt. Die gebräuchlichen offenen Flammen werden auf Wand- und Hängelampen angebracht und sind so zu verteilen, daß starke Schlagschatten vermieden werden. Unzweckmäßig ist es, sowohl in Bezug auf die Lichteffekt, wie in Bezug auf den Gasverbrauch, viele oder auch nur Gruppen weniger Arbeitsstellen von einer einzigen Lichtquelle aus zu versorgen. Nur in Arbeitsräumen, in denen die Arbeitenden nicht an die Stelle gefesselt sind, z. B. in Bad- und Lagerräumen, ist eine gemeinsame Lichtquelle, welche den Raum in allen Teilen ausreichend beleuchtet, die günstigere.

In hygienischer Beziehung ist die elektrische Beleuchtung jeder anderen vorzuziehen. Bei der in einem Arbeitsraum einzurichtenden Beleuchtung rechnet man gewöhnlich für einen Arbeitsplatz eine 16kerzige Glühlampe; doch genügt auch schon das Licht einer 10kerzigen, wenn die Natur der Arbeiten eine besonders helle Beleuchtung nicht erfordert, oder wenn die Arbeitsverrichtung in unmittelbarer Nähe von Lampen geschehen kann. Bei einer Vergleichen von Glühlicht und Bogenlicht ergibt sich, daß das Bogenlicht nur für Außenbeleuchtung und für allgemeine Beleuchtung von verhältnismäßig hohen Arbeitsräumen geeignet ist, weil das Licht selbst mit Schußgelode auf das Auge in der Nähe blendend einwirkt. Glühlampen, welche ein milderer Licht haben und mit geringerer Leuchtkraft hergestellt werden können, wird man vorwiegend zur Beleuchtung einzelner Arbeitsstellen und überhaupt dort verwenden, wo sonst einzelne Gasflammen gebräuchlich sind.

Was die Heizung des Arbeitsraumes anlangt, so hängt der Wärmebedarf eines Arbeitsraumes von der in demselben auftretenden Wärmeentwicklung und von seinem Wärmeverlust ab. Der in einem Arbeitsraume entstehenden Wärmeentwicklung steht der Wärmeverlust gegenüber, welcher die Wärmemenge darstellt, die durch die Umfächelnungswände des Raumes nach außen und nach benachbarten kälteren Räumen übertragen wird. Die Wärmeüberführung hängt von der Form, Ausdehnung, Dichte und Zusammenfassung der Wände sowie natürlich von dem Unterschiede der Temperaturen ab, die zu beiden Seiten der Wand bestehen. Da die Heizungsanlage imstande sein muß, auch bei der kältesten Lufttemperatur im Raum noch eine erträgliche Temperatur zu erzeugen, so wird bei der Ermittlung des Wärmeverlustes die niedrigste Lufttemperatur, also etwa 20 Grad, und die niedrigste Temperatur der benachbarten Räume anzunehmen sein. Die Temperatur der Arbeitsräume ist zwischen 12 und 18 Grad zu nehmen, wobei zu beachten ist, daß bei ruhiger Arbeitstätigkeit eine höhere Temperatur

erwünscht ist, als bei einer Tätigkeit, bei welcher der Körper sich lebhaft bewegt. Im weitesten werden für Arbeitsräume Defen mit fester Erwärmung der Räume benutzt. Diese Defen werden ganz aus Gußeisen hergestellt, wenn eine Wärmeaufspeicherung nicht beabsichtigt ist. Soll diese aber bewirkt werden, so daß der Ofen wie der Machelofen längere Zeit nachheißt, so wird nur der Feuerkasten, oder außer diefedruckdampfheizung wird nur Dampf aus Eisen, der übrige Teil des Ofens aber aus Ton hergestellt.

Von den Zentralheizungsanlagen: Luftheizung, Wasser- und Dampfheizung, findet die Dampfheizung die häufigste Verwendung zur Erwärmung von Arbeitsräumen, da in den meisten größeren Betrieben Dampf ohnehin zur Verfügung steht. Bei der Hochdruckdampfheizung wird der in konfessionspflichtigen Kesseln erzeugte Dampf unmittelbar oder mit vermindelter Spannung benutzt. Bei der Niederdruckdampfheizung wird nur Dampf mit einem Ueberdruck von weniger als 0,5 Atmosphären benutzt.

□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Nicht selten tauchen in der Unfallversicherung ernstliche Zweifel darüber auf, welche Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Entschädigung verpflichtet ist. Es gibt nämlich eine große Anzahl von Arbeitern, die im Laufe eines Tages Arbeiten verrichten, für die verschiedene Berufsgenossenschaften zuständig sind, und wenn bei einer solchen Gelegenheit ein Unfall passiert, ist es schwer zu entscheiden, welche die Entschädigung zu bezahlen hat. Uns lag vor einigen Monaten folgender Fall vor:

Der Arbeiter S. in einem westfälischen Industrieort war bei einer Holzhandelsfirma beschäftigt. Diese Firma liefert an die Zeche Neu-Nierlohn das Grubenholz und beschäftigt fortgesetzt eine Anzahl Arbeiter auf dem Grundstück der Zeche mit dem Aufstapeln des neuangekommenen Holzes. S. war in dieser Weise auf der Zeche beschäftigt. Er hatte aber auch jeden Tag die Pflicht, 1-2 Stunden lang an der der Zeche zugehörigen Kreisäge Holz zu schneiden. Eines Tages hatte S. auf Eruchen eines anderen Arbeiters Brennholz geschnitten, das ebenfalls auf der Zeche verbraucht wurde. Bei diesem Brennholzschnitten erlitt er einen Betriebsunfall. Zunächst wurde die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft zur Entschädigung des Unfalles herangezogen, weil die Firma, bei der S. beschäftigt war, der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft angeschlossen war. Diese lehnte die Gewährung einer Rente aber ab, einmal, weil S. den Unfall erlitten bei einer Arbeit für die Zeche. Wenn also jemand entschädigungspflichtig sei, müsse die Knappschafts-Berufsgenossenschaft herangezogen werden. Zweitens aber machte sie geltend, es sei auf Zeche Neu-Nierlohn verboten, Brennholz auf der Zeche zu schneiden. Wenn S. im Auftrage eines anderen Arbeiters gegen dieses Verbot verstoßen hat, so habe er sich damit außerhalb des Betriebes gestellt und seinen Anspruch auf Unfallrente.

Das Schiedsgericht hat die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Rente verurteilt. Das Reichsversicherungsamt verurteilte dagegen die Knappschafts-Berufsgenossenschaft zur Zahlung, mit der Begründung, die Zeche habe dem S. für das Arbeiten an der Kreisäge stets einen Lohn gezahlt. Er habe auch im Auftrage der Zeche diese Arbeit verrichtet. Deshalb sei die Knappschafts-Berufsgenossenschaft entschädigungspflichtig. Auch daß der Arbeiter ein Verbot überschritten habe, sei unerheblich solange, wie die Arbeit, die er verrichtet, im Interesse des Betriebes verrichtet werde. Nur wenn ein Verbot überschritten wäre, ohne daß ein Betriebsinteresse dazu vorläge, könne dieserhalb eine Rente verweigert werden. Wenn ein Arbeiter auf dem Nachhausewege, aber innerhalb der Fabrikräume einen verbotenen Weg betrete, stelle er sich außerhalb des Betriebes. Wenn er jedoch eine nötige Arbeit verrichten müsse und erleihe dabei einen Unfall, so müsse die Entschädigung auch dann gezahlt werden, wenn er ein Verbot übertreten habe. (Vergleiche Sandbuch der Unfallversicherung S. 79.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 27. Oktober 1911.

Als Termin für die Reichstagswahlen ist offiziell der 12. Januar 1912 festgelegt worden. Ueber die Erledigung des noch vorliegenden Beratungsmaterials hat sich der Seniorenkongress des Reichstages dahin schlüssig gemacht, daß nach der Beratung der Interpellationen über die Teuerung und die Maul- und Klauenseuche eine Pause bis zum 7. November eintritt, in welcher die Reichsversicherungskommission die Beratung der Privat-

angestellten-Versicherung möglichst fördern soll. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen soll dann u. a. auch das Hausarbeitsgesetz erledigt werden. Endlich heißt es in den offiziellen Mitteilungen, daß man auch die dritte Lesung des Arbeitssammergeetzes durchzuführen wolle. Das läßt darauf schließen, daß hinter den Kulissen Verhandlungen stattgefunden haben, über deren Ergebnis bisher noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Am 23. Nov. gedenkt man dann die zweite Lesung des Angestelltenversicherungsgesetzes beginnen zu können, um dann spätestens Anfang Dezember die Arbeiten des Reichstages zu beschließen. Wahrscheinlich wird dann die Regierung den Reichstag auflösen.

Der Verein für Sozialpolitik und die Konsumvereine. Bereits 1899 hat sich der Verein für Sozialpolitik auf seiner Tagung in Breslau anlässlich der Erörterungen über die Entwicklungstendenzen im Kleinhandel nebenbei mit dem Konsumvereinswesen befaßt. Jetzt steht eine eingehende Unteruchung in Aussicht. Der Tübinger Professor der Nationalökonomie, Robert Wilbrandt, hat bereits vor längerer Zeit den Antrag gestellt, über die Konsumvereine eine umfassende Unteruchung anzustellen. Der Antrag war damals vertagt worden, da eine Reihe anderer Aufgaben bereits fest in Aussicht genommen war. Jetzt hat der Antragsteller ihn in folgender Form von neuem eingebracht:

Der Verein für Sozialpolitik wolle die Organisation des Konsums (Konsumgenossenschaftsbewegung) zum Gegenstande seiner nächsten Untersuchungen machen und auf die Tagesordnung seiner nächsten Generalversammlung setzen.

Dem Antrage ist eine eingehende Begründung angefügt. Der Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik steht der Frage im Prinzip günstig gegenüber, wird eine endgültige Entscheidung jedoch erst in einigen Monaten treffen, da die gegenwärtig in Angriff genommenen Untersuchungen noch längst nicht abgeschlossen sind.

Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung ist am 25. Okt. vom Reichsgericht in Leipzig getroffen worden. In der bekannten Klage ehemaliger Mitglieder der Krupp'schen Werkpensionkasse auf Herauszahlung der während des Arbeitsverhältnisses geleisteten Beiträge wurde über die eingeleitete Revision verhandelt, nachdem sowohl das Landgericht Essen wie auch das Oberlandesgericht Hamm die Klage abgewiesen hatten. Auch das oberste Gericht hat die Revision zurückgewiesen, womit der Prozeß endgültig zugunsten der Krupp'schen Kasse entschieden ist. Es wird sich wohl noch Gelegenheit bieten, auf den Spruch des Reichsgerichts näher einzugehen.

Arbeitervbewegung. Unverändert geht der Kampf der Berliner Eisenformer und Gießereiarbeiter weiter. Die Unternehmer sind eifrig bemüht, außerhalb Berlins ihre Modelle unterzubringen, ohne damit nennenswerte Erfolge erzielt zu haben. Vielmehr ist es an manchen Orten, wo den Arbeitern die Anfertigung von Streitarbeit zugemutet wurde, zu Differenzen gekommen. — Auch die Bewegung in den Schokoladen- und Zuckwarenfabriken in Dresden nimmt ihren Fortgang, ohne daß zunächst irgend welche Änderungen zu verzeichnen waren. — In der Schuhfabrik von Hermann Liebmann in Offenbach a. M. waren Differenzen ausgebrochen, die zur Arbeitsniederlegung führten. Jetzt ist es zu einem Vergleich gekommen und die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die von der Unternehmerorganisation angebotene Kündigung aller organisierten Arbeiter ist damit abgewendet. — Auf der Karlschütte in Kendsburg haben die Arbeiter nochmals einen Versuch gemacht, eine Verständigung mit der Direktion herbeizuführen. Derselbe ist leider vergeblich gewesen, so daß auch in anderen Teilen des Betriebes die Kündigung eingereicht wurde, worauf wiederum die Direktion weiteren Arbeitern kündigte. Es ist anzunehmen, daß in absehbarer Zeit der ganze Betrieb stillgelegt ist. — Fast ein Vierteljahr haben in Kirchheim (Niederlausitz) die Lederarbeiter im Kampfe gestanden. Der Versuch der Unternehmer, die Organisation zu vernichten, ist vereitelt worden, wenn auch andererseits die den Arbeitern gemachten Zugeständnisse nicht erheblich sind.

Der Streik der Textilarbeiter in Böhmen erfährt noch immer eine größere Ausdehnung.

Sozialdemokratische Steuerpolitik. In der hessischen Stadt Kilsburg, so schreibt die „Völkereform“, haben die Sozialdemokraten die Mehrheit der Stadtverordnetenliste inne. Es

were Bedenken aufgetrieben, ob der städtische Bier-Oktroi, der jährlich 9000 Mark einbringt, nicht durch eine gerechtere Steuer ersetzt werden könne. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten verneinten das — einstimmig wurde beschlossen, den städtischen Bierzoll beizubehalten.

Vom Zuschlag zur Reichs-Zuwachssteuer, von einer Grundwertsteuer und ihrer Ausgestaltung und andern Steuern scheinen diese Herren noch nicht gehört zu haben. Wollte man aber den übermäßigen Biergenuß bekämpfen, so gab es doch dazu noch andere Wege, als daß man die Stadtgemeinde am Bierkonsum interessiert.

Ein dreistes Attentat auf das Koalitionsrecht ihrer technischen Angestellten hat sich die Direktion der Gutehoffnungshütte zu Sterkradei, Rhld. erlaubt. Am Mittwoch vormittag forderte sie sämtliche Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des deutschen Technikerverbandes auf, sich durch Unterschrift zu verpflichten, aus ihren Organisationen auszutreten. Im anderen Falle würde die sofortige Kündigung ausgesprochen werden. Die Angestellten ließen sich jedoch nicht einschüchtern, beriefen vielmehr für die Mittagspause eine gemeinschaftliche Versammlung ein und beschloßen in geheimer Abstimmung mit Neugeburtel-Mehrheit, der Organisation die Treue zu halten und die Zumutung der Betriebsleitung zurückzuweisen.

Wie notwendig für die technischen Angestellten eine starke Organisation ist, das hat dieser Vorgang selbst am deutlichsten bewiesen. Das ungesellige Verhalten der Gutehoffnungshütte erinnert lebhaft an das Vorgehen, das sich vor kurzem einige Herren des Ruhrreviers den organisierten Steigern gegenüber erdreisten zu können glaubten. Es liegt also wohl System in der ganzen Sache. Man will also wohl verhindern, daß die Zugehörigkeit zur Organisation gründlich verleiden, um dann um so willfährlicher mit ihnen schalten und walten zu können. Nur gut, daß die Angestellten den Wert der Organisation so gut begriffen haben, daß sie ihr treu bleiben. Zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Betriebsleitungen und den Angestellten tragen solche Vorkommnisse nicht bei. Der Zündstoff, der ohnehin in reichlicher Menge im Ruhrreviere aufgespeichert ist, wird dadurch nur noch vermehrt.

Die Bewegung der ausländischen Arbeiter in Deutschland wies nach dem Bericht der „Deutschen Feldarbeiter-Zentrale“ im September gegenüber dem Bormonat keine erhebliche Veränderung auf. Der Regen setzte nach dem außergewöhnlich dünnen Sommer zu spät ein, und daher sind die Aussichten der Rüben- und Kartoffelernte weiter ungenügend geblieben. So kam es, daß die Landwirtschaft nur wenig Arbeiterbedarf hatte, der auch trotz geringen Angebotes seine volle Deckung finden konnte. Die bereits im August beobachteten vorzeitigen Entlassungen der Arbeitskräfte hielten an, und da eine Verwendung der nach der Galmstrückernte entbehrlich gewordenen Leute in den landwirtschaftlichen Betrieben nur selten möglich war, so bauerte auch die Rückwanderung der entlassenen Arbeiter in ihre Heimatländer an. Die Rückwanderung wurde dadurch begünstigt, daß in ihren Heimatländern fast durchweg die Ernte besser ausgefallen war als in Deutschland und sie somit zu Hause keine Not erwartete, wohl aber die Aussicht auf Beschäftigung. Zwar stand dieser Rückwanderung ein geringer Zugang von Rüben- und Kartoffelarbeitern gegenüber, doch muß die Gesamtmenge des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes im Berichtsmonat als „sehr ruhig“ bezeichnet werden.

Tagegen zeigte die Industrie dauernd steigenden Bedarf; aber es war schwierig, die von ihr benötigten Kräfte zu beschaffen. Besonders traf dies für die Gruben zu, da die ausländischen Arbeiter nur schwer zur Uebernahme von Arbeit unter Tage zu bewegen sind. Die Arbeitslosigkeit in den Zunderfabriken ist in diesem Jahre infolge der Mangelnde der Zunderrüben sehr gering, so daß der Bedarf trotz des geringen Angebotes vollauf gedeckt werden konnte.

Die Amerika-Auswanderung hielt an und blieb nicht ohne fühlbaren Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes.

Ein erstes Wort! Näher und näher rückt die Zeit, da die Kollegen in den Ortsvereinen und auch in den Ortsverbänden zusammenzutreten, um sich für das nächste Jahr ihren neuen Vorstand zu wählen. Da ist es wohl am Platze, daran zu erinnern, daß an der Spitze überall wirklich geeignete und befähigte Kollegen stehen müssen. Nur dann ist es möglich, dauernde Erfolge für unsere Organisation zu erzielen. Wer ein Amt im Ausführenden des Ortsvereins oder des Ortsverbandes bekleidet, der muß mit sei-

ner ganzen Persönlichkeit für die Organisation und die Interessen jedes einzelnen Mitgliedes eintreten. Nicht immer gehen die Amtsgeschäfte glatt von statten, sondern manche Schwierigkeit muß überwunden werden. Deshalb ist es notwendig, daß ernste und erfahrene Kollegen an der Spitze stehen, Männer, die nicht leicht die Feinte ins Korn werfen, wenn es einmal nicht so geht, wie sie möchten.

Es ist oft schwer genug, im Innern Ordnung zu halten und dafür zu sorgen, daß vor allem Einigkeit und Zusammenhalt unter den Mitgliedern herrscht, so wird die Lage noch schwieriger, wenn Streiks, Ausperrungen oder sonstige Dinge eintreten. Da ist es unbedingt erforderlich, daß die Vereine von Männern geleitet werden, welche nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft besitzen, energisch einzugreifen und die Rechte der Mitglieder so, wie es das Ansehen unserer Organisation erheischt, wahrzunehmen.

Aber auch der künftige Vorstand kann nichts leisten, wenn ihm die Mitglieder nicht Vertrauen entgegenbringen und ihn unterstützen, kurzum, wenn nicht Vorstand und Mitglieder einmütig zusammenarbeiten. Nicht immer ist in dieser Beziehung alles so, wie es sein müßte. Man kann von den im Ausschusse sitzenden Kollegen, die doch auch im Arbeitsverhältnis stehen, nicht verlangen, daß sie alle Vereinsarbeiten allein ausführen. Es ist vielmehr die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Mitgliedes, soweit es in seinen Kräften steht, den Ausschuss zu unterstützen und dadurch für die Organisation mitzuwirken. Vor allen Dingen müssen diejenigen Kollegen, die in erster Linie durch ihre Fähigkeit und ihre Erfahrung dazu berufen sind, jederzeit gewillt sein, ein Amt im Vorstand einzunehmen. Wer aus irgend welchen Gründen daran gehindert ist, oder aus dem Vorstände ausscheidet, der hat aber uniohmer Verpflichtung, dem Ausschuss die Arbeit zu erleichtern, anstatt, wie man dies auch bisweilen beobachtet kann, ihm alle möglichen Steine in den Weg zu werfen.

Also, Verbandskollegen und -Kolleginnen, richtet schon jetzt Euer Augenmerk auf die Vorstandswahlen. Wo sich die Männer an der Spitze bewährt haben, da mögen sie, gleichviel ob jung oder alt, wiedergewählt werden. Wo sie aber verlag haben, da müssen andere an ihre Stelle. Die Person ist uns nichts, die Sache alles! Darum sorgt dafür, daß unsere Organisation, wo es auch sei, durch die richtigen Männer vertreten wird!

Die Vermittlungstätigkeit der wichtigsten Arbeitsvernehmungen 1910. Das für sich ersiehene statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911 enthält eine Uebersicht über 87 Arbeitsvernehmungen, die 1910 mehr als 500 Stellen belegten. Insgesamt wurden in diesem Jahre 753 992 Stellen verzeichnet, und zwar verteilten sich dieselben folgendermaßen auf die einzelnen Industrien:

Metallindustrie	234 713
Textilindustrie	27 216
Baugewerbe	115 685
Verkehrsgewerbe	301 613
sonstige Gewerbe	4 407
gesamt: Verbände	70 308
	753 992

Da in dieser Zusammenstellung der Nachweis des Nebenverbandes fehlt, so erhöht sich die Summe auf 915 268 Vermittlungen. 10 000 bis 20 000 Stellen vermittelten die Arbeitsvernehmungen in Chemnitz, Leipzig, Nürnberg, (Metallindustrie), Korb, Berlin (Baugewerbe), Essen, Hamburg (Baugewerbe), Hannover, Garburg, 20 000 bis 30 000 Stellen wurden vermittelt in Hamburg (Verein Hamburger Reederei), Hamburg (Hamburg-Amerika-Linie), Mannheim 30 000 bis 50 000 Stellen wurden vermittelt in Hamburg (Eisenindustrie). Mehr als 50 000 Vermittlungen erreichten der Verband Berliner Metallindustrieller (68 488), der Rechenverband (161 276) und der Eisenbetriebsverein in Hamburg (236 835).

Der Charakter dieser Ziffern ist natürlich ein durchaus problematischer, da die Arbeitsvernehmungen bekanntlich vielfach Fälle, wo sie nur als Kontrollstation tätig waren, zu ihren „Vermittlungen“ rechnen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß auch alle Ausschüßstellen mit oft auch kurzen Beschäftigungsperioden jedesmal als belegte Stelle gezählt werden, ein Moment, das vor allem die Ziffern des Hamburger Hafenbetriebsvereins mächtig in die Höhe treiben half.

Ein Arbeitsmonopol sich zu sichern und damit die Arbeiter zum Eintritt in ihre Verbände zu zwingen, ist das Streben der „freien“ Gewerkschaften. Sie verbinden deshalb überall die Herrschaft in den Arbeitsnachweisen zu gewinnen dadurch, daß sie darauf dringen, daß die Arbeitsvermittler aus den

Streifen der Verbände entnommen werden. Als im Anfang dieses Jahres im städtischen Arbeitsnachweis zu Essen d. a. M. ein zweiter Beamter angestellt werden sollte, lehnten die „Genossen“ im Stadtparlament die in den Etat dafür eingesezten 1500 M. zwar nicht ab, stellten sie aber zur Verfügung der Stadtverordnetenversammlung und beschloßen, von der Anstellung eines weiteren Beamten vorläufig abzusehen, weil der in Aussicht genommene Arbeitsvermittler nicht bei den „freien“ Gewerkschaften organisiert war. Auch der Kreisrat hat darauf den von ihm für den Arbeitsnachweis vorgesehenen jährlichen Zuschuß von 3000 M. vorläufig gesperrt. Die Existenz des Arbeitsnachweises ist dadurch überhaupt in Frage gestellt, was einzig und allein auf die Unduldbarkeit der „Genossen“ zurückzuführen ist. In dieser Verlegenheit soll nun die Bürgermeisterei in Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart Erhebungen anstellen, ob dafelst ebenfalls ein solcher Einfluß der „freien“ Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises besteht. Besser täte die Offenbacher Stadtverwaltung, wenn sie sich einmal an die nichtsozialdemokratischen Organisationen um Auskunft wendete. Dann würde sie bald belehrt werden, daß selbst der paritätische Arbeitsnachweis vor den „Genossen“ als Kampfmittel gegen Andersdenkende in der gröblichsten Weise mißbraucht wird.

Gewerbereins-Zeil.

8 Berlin. In der letzten gut besuchten Versammlung mit Damen des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII fand unter anderem ein Lichtbilder-Vortrag des Herrn Rittmaier über „Lebensmittel-Erzeugnisse der Waggi-Gesellschaft“ statt, welcher mit vielem Interesse von den Anwesenden verfolgt wurde. Nachdem der Vortragende der Versammlung die Wiege der Waggi-Gesellschaft in Engen am Bodensee durch interessante Lichtbildvorführungen gezeigt und speziell die musterhafte Fabrikation vor Augen geführt hatte, konnten sich die Anwesenden durch Probe, welche gratis verabreicht wurden, von der Güte und Schmackhaftigkeit der Produkte überzeugen. Der schärfste Beifall, welcher dem Vortragenden am Schluß seiner Ausführungen gezollt wurde, läßt darauf schließen, daß so mancher neue Anhänger für die Waggi-Erzeugnisse gewonnen sein dürfte.

W. A. S. v. d. B. Schriftführer.

8 Berlin. Am 17. Oktober hielt im Ortsverein der Konditoren der Verbandsleiter Kollege Neudeck einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Frage: „Weshalb sind Bäcker und Konditoren Stiefkinder der Sozialpolitik?“ Der Referent führte aus, wie für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabrikbetrieben Fürsorge getroffen ist gegen übermäßige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Wenn auch die Arbeitertribunal-Gesetzgebung die Mißstände in den Fabriken bekämpft, so verlagert sie im Handwerksbetriebe gänzlich. Selbst die bescheidensten Vorarbeiten des Gewerbes können im Bäcker- und Konditorgewerbe umgangen werden oder hind ausgehoben, eben weil es nach dem Gesetz als Handwerksbetrieb gilt, für den die Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung nicht gelten. Weshalb sind Bäcker und Konditoren mit Recht als Stiefkinder der Sozialpolitik zu bezeichnen. Die Arbeitertribunal-Gesetzgebung greift in der Regel erst ein, wenn durch die Arbeiterorganisationen schon 80 Prozent Vorteile erungen sind. Der schlimmste Mißstand ist die Nachtarbeit. Sie ist weit antrengender als Tagesarbeit. Auch können solche Arbeiter, die die Nacht zum Tage machen müssen, nicht Anteil nehmen an den Kulturereignissen der Menschheit. Auch das natürliche Bedürfnis des Menschen verlangt Nachtruhe, denn die Ruhe am Tage kann nie die Nachtruhe ersetzen. Denn durch die Nachtarbeit und vor allem durch die lange Arbeitszeit stumpft der Mensch ab und die Saubereit läßt dann zu wünschen übrig. Die Gesundheit leidet natürlich auch darunter und die Gefahr besteht sehr leicht, daß Krankheiten übertragen werden. Der Kost- und Logiszwang erschwert den Kampf gegen diese Mißstände außerordentlich. Begründet wird dieser Zwang oft von den Meistern mit der Pünktlichkeit, die im Bäckerbetriebe herrschen müsse. In Hamburg ist der Kost- und Logiszwang gesetzlich verboten. Von den Konditorbetriebe hat man leider auch nicht viel zu erwarten. Ein Gesetz jagte einst in einer öffentlichen Versammlung: Die soziale Gesetzgebung verlagert für uns, weil wir zu den besseren Ständen zählen. Wir werden ja auch nicht die Arbeiter eingestellt, sondern engagiert; wir stehen nicht in Arbeit, sondern in Kondition; wir bekommen auch keinen Lohn, sondern Gehalt oder Salär, wenn auch manchmal unpünktlich.“ Aus dem Streife der Bäcker- und Konditorgehilfen rekrutieren sich zum größten Teil die in den Zunderwaren- und Schokoladenfabriken tätigen Arbeiter. Da kann man auch von diesen nicht viel soziales Verständnis erwarten. Die Organisation ist aber der Träger des sozialen Fortschrittes. Will man vorwärts dringen auf sozialem Gebiet, so muß man vor allem die Organisation stärken. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß es noch Wärdereien in Berlin gibt, in denen 16—18 Stunden täglich gearbeitet wird. Im übrigen: erstete höchste Ansehen für seine trefflichen Ausführungen lebhaften Beifall und sei ihm an dieser Stelle nochmals der beste Dank ausgesprochen.

Paul Johannes, Schriftführer.

8 Berlin. Die Jugendabteilung Berlin V (Nordojen) veranstaltet am Mittwoch, den 1. November, im 'Reichen Saale' des Verbandshauses einen Elternabend. Der Verbandssekretär Kollege Erlesen wird einen Vortrag über seine Englandreise halten. Im Anschluß daran findet ein gemütliches Beisammensein statt. Zu dieser Veranstaltung werden alle Gewerkevereinskollegen und -Kolleginnen mit ihren schulfähigen Söhnen und Töchtern herzlich eingeladen. Es bietet sich hier die beste Gelegenheit, einen Einblick in das Leben und Treiben unserer Jugend zu gewinnen, weshalb der Besuch nur dringend empfohlen werden kann.

8 Frankfurt a. M. Die im hiesigen Bezirke bestehenden Ortsvereine der Bäcker und Konditoren haben sich zu einem Verbandszusammenschluß, der am Donnerstag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, im Saale der Lieberhalle in Frankfurt, Langestr. 26, eine Bezirksversammlung für die Ortsvereine Frankfurt, Homburg, Offenbach, Höchst, Hanau und Friedberg veranstaltet. Die Tagesordnung enthält außergewöhnlich wichtige Punkte:

1. Wie kann die Agitation in unserem Bezirke wirksam gefördert werden? Referenten sind die Kollegen Heins, Homburg und Walger, Frankfurt.
2. Sonntagsruhe oder Ruhetag in der Bäckerei? (Eingabe an die Behörde). Referent Kollege Dreiwitz, Frankfurt.
3. Kranken-Zuschüsse. Referent Kollege Kander, Offenbach.
4. Arbeitsnachweis. Referent Kollegen Kaup und Dierolf, Frankfurt.
5. Verschlebens.

Bei der Reichhaltigkeit und Wichtigkeit der Tagesordnung darf wohl erwartet werden, daß die Mitglieder der obengenannten Vereine recht zahlreich erscheinen. Die Vorstände.

8 Worms. Am 21. Oktober hielt in unserm Ortsverbande der Hauptvorsitzende des Gewerkevereins der Schneider, Kollege Krüger, Berlin einen sehr interessanten Vortrag über 'Die Lebensmittelerzeugung und deren Ursachen'. Der Referent führte etwa folgendes aus: Die Teuerung ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen andern Ländern zu verzeichnen. Davon zeugen die vielen Demonstrationen und Straßenszenen, sowie die überall ausbrechenden Streiks. In Deutschland haben wir ein ständiges Steigen der Lebensmittelpreise zu verzeichnen, jedoch nicht in so krasser Form wie dieses Jahr. Dafür erbrachte Redner an der Hand eines reichen statistischen Materials drastische Beweise. Diese allgemeinen Teuerungsverhältnisse bedeuten für die Arbeiterschaft eine erhebliche Mehrbelastung. Wie unterschiedlich die Preise durch die Jahre geworden sind, geht daraus hervor, daß z. B. 1906-1909 eine Tonne Weizen in Berlin 207,75 Mk. und in London nur 150,25 Mk. kostete. Die Fleischpreise sind auch in dem Maße gestiegen, daß es dem Arbeiter kaum möglich ist, Fleisch zu kaufen. In Fleischverbrauch kommt in Deutschland 31,6 Kilo, England 47,6 Kilo, Amerika 54,4 Kilo auf den Kopf der Bevölkerung. Wenn man den Verbrauch genau betrachtet, so sieht das aus, als wenn dem deutschen Arbeiter das Fleisch nicht schmeckt. In Wirklichkeit liegt der geringe Verbrauch an den hohen Fleischpreisen, die der Arbeiter bei den jetzigen Lohnverhältnissen nicht erwirtschaften kann. Eine Hauptursache an den hohen Preisen für Getreide sind die Einfuhrsteuern. Von allen Seiten wird die Regierung bestrahlt, der Teuerung zu steuern und Abhilfe zu

schaffen und die Regierung tut nichts. In dieser Zeit der Teuerung ist es doppelt Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der Organisation anzuschließen und durch sie höhere Löhne zu erzielen. Zum Schluß wurde folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen: Die am 21. Okt. 1911 im Rheinthal tagen Gewerkevereinsversammlung ist einstimmig der Ansicht, daß die herrschende Lebensmittelerzeugung für die unbemittelten Klassen der Bevölkerung schwere Nachteile im Gefolge hat. Die Teuerung muß unbedingt zur Unterernährung führen und bringt somit große Gefahren für die ganze Reich mit sich. Die Hauptursache der Teuerung liegt die Versammlung in der deutschen Zollgesetzgebung und verlangt daher von der Gesetzgebung: 1. Die Vereinfachung resp. allmählicher Abbau der Getreidezölle. 2. Abschaffung des Systems der Einfuhrsteuern. 3. Aufhebung des Grenzschutzes gegen die Vieheinfuhr, soweit er nicht wegen Seuchengefahr unbedingt erforderlich ist. Ferner verlangt die Versammlung von den Gemeinden: 1. Bezug und Verkauf von Fleisch, Geflügel, Gemüse und Kartoffeln. 2. Organisation des Milchvertriebes durch die Gemeinden. Von den Arbeitern aber erwartet die Versammlung, daß sie ständig für die Begünstigung der Gewerkevereine eintreten, um durch die Organisation eine Erhöhung ihres Einkommens zu erstreben. Die Resolution wird der hiesigen Bürgermeisterei unterbreitet werden. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. x.

Verbands-Zeit. Veranstaltung.

An die Verbandskollegen und -Kolleginnen von Groß-Berlin!

Wie den einzelnen Ortsvereinen bereits durch Rundschreiben mitgeteilt worden ist, wird in Zukunft für das Verbandsbüro eine andere Arbeitszeit eingeführt. Dasselbe wird dann an den Wochentagen von 9 1/2 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet sein. Für Auskünfte in Arbeiterversicherungsangelegenheiten bleibt das Büro außerdem jeden Mittwoch bis 7 Uhr abends geöffnet.

Falls die Verbandskollegen während der Bürozeit eine Auskunft in Sachen der Arbeiterversicherung oder eine persönliche Rücksprache mit dem Vertreter vor dem Reichsversicherungsamt wünschen, erjuchen wir dieselben, in der Zeit von 1-4 Uhr (Mittwochs bis 7 Uhr) vorzusprechen, da bis 1 Uhr der Kollege am Reichsversicherungsamt zu tun hat.

Mit Gewerkevereinsgruß
Der geschäftsführende Ausschuß
F. Neufeldt, Verb.-Sekretär.

Besammlungen.
Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221/22. Mittwoch, 1. November Vortrag des Kollegen Lewin über: Einfuhrsteuern, Viehegaben und andere wirtschaftliche Begriffe. Zahlreiches

Erscheinen erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen. — **Gewerkevereins Lieberhalle (G.-D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Liebungshunde i. Verbandsbau, der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willk. — **Sonnabend den 28. Oktober. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Tamen im Nordwesthof, Alt-Moabit 55/56. Vortrag des Fri. Dr. jur. Alice Besterkamp über: Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe. Abrechnung der Billets. Festsetzung der Weihnachtsgabe.

Orts- und Regionalverbände.

Böckum (Ortsverband). 26. Oktober, abds. 8 Uhr b. Ermann, Regstr. Vortrag des Kol. Gleichauf-Berlin. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. 9-11 Uhr i. Verbandshaus, Rurfürstent. 29. Sitzung. — **Eberfeld-Warmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterkongress bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Lufsenstr. — **Erholungst.-Gd.** — **Selkener (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Verbands- u. Vertreterkongress, vormittags 10 Uhr, im Verbandslokal G. Einon, Alter Markt. — **Gaaren b. Wachen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Lubewitz. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distriktsabend find. jed. Sonnabend i. Monat i. Passage-Post, Nr. Braubaustr. 11. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, patt. in Hüttmanns Hotel, Poststr. — **Distriktskond.** — **Iferlohn (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Zander, Dörfstr. — **Perne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbands- u. Vertreterkongress bei Wittwe Ruhe, Perne 1, gegenüber der evang. Kirche. — **Röln (Ortsverband).** Donnerstag, den 2. November abends 9 Uhr, Vertreterkongress in der Benz-Erholung. — **Reipzig (Gewerkevereins Lieberhalle).** Die Liebungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal 'Stadt Hannover', Seeburgstr. 25, patt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind bezgl. willkommen. — **Wahlheim - Ruhr.** Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr Vertreterkongress im Verbandslokal bei Johann Müller, Sandstraße 38. — **Wettin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Liebungshunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, patt. Stimmbegabte Kollegen sind bezgl. willk. — **Ziegel (Distriktsklub für Ziegel, Porzellan- und Reifendörfer).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr b. Kömer, Schloßstr. 28, Ecke Schönbergstr. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbandsversammlung bei Nicolai, Rauerstr. 62. — **Wahlheim a. S. (Verbandsabteilung der Gewerkevereine).** Liebungshunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal 'Schweizerhaus', Schützenstraße. — **Wahlheim (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Distriktsabend in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, Singhunde im Verbandslokal Rheinthal. — **Wendernungen bzw. Ergänzungen am Adressenverzeichnis.**

Berlin. (Hauptverband des Jugendbundes). C. Jäger, Vorpöcher, SO. 86, Bouchéstr. 37. B. E. G. Horn, Schriftführer, O. 34, Bauwerkstr. 8. Portal 1. 2. 3. E. Ballarabe, Kassierer, Charlottenburg-Wesend, Gaelestr. 16 e. **Hannover (Gew. b. Masch. u. Metallarb.)** A. Pieper, Bezirksleiter, Braunnstr. 8. **Magdeburg (Bureau des Ortsverbandes).** A. Becker, Sekretär, Katharinenstr. 2/3.

Anzeigen-Zeil.

Interests werden nur gegen vorzeitige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkeverein
Jahrgang 1910

aus kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandskollegen und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages.

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/22.

In der letzten Versammlung

wurden überall die Bestellungen auf den **Wahlkalender 'Der Kleine Wanderer'** aufgegeben. Bei Ihnen doch auch? Wenn nicht, veranlassen Sie sofort Ihren Schriftführer, den Kalender zu bestellen. Preis 15 Pfg. Bei Bestellen von 30 Stück an 10 Pfg. Jedes Mitglied in Ruhe. Zu beziehen von Gewerkevereins-Verlage **C. O. Raupbachs Nachfgr.** Saynau l. 64f.

Das wundervolle **'Big'** **Normal-Herrn-Remd**

Morino ist weich und warm, unermüdlich laßt nicht ein. Preis 20.00 pro Stück nur 12.50 in allen Maßweiten. Herren-Linienbekleid. **M. O. G. S. Pro St. Radnagel.** Katalog franco. Strumpf-u. Garfabrik **Georg Koch.** **Soffieserant in Erfurt Nr. 242.**

Lexikon
des **Arbeitsrechts**
in Verbindung mit Felix Claus, Hermann Jög, Hermann Luppe herausgegeben von Alexander Eiser.

Berlag von Gustav Fischer in Jena.

Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Lexikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Größere Bibliotheken, Arbeitersekretariate, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches sehen. Wegen Einlieferung des Kostenpreises von 4,20 Mk. pro Exemplar in gutem Einwand einband erfolgt frankierter Zusendung. Das Geld ist an unsern Verbandskassierer **Rud. Klein, Berlin N.O. 56, Greifswalderstraße 221/22** zu senden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.

Zur gef. Beachtung!
Zur Beschaffung oder Ergänzung von **Bibliotheken**

bietet sich den Ortsvereinen günstige Gelegenheit.

Mehrere Serien ausgewählter Werke, neu eingebunden, können sehr billig abgegeben werden.

Auskunft und Verzeichnisse der Serien durch den Verbandskassierer **H. Klein, Berlin, Greifswalderstraße 221-22.**

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsbesuch im Gewerkevereinsbureau, Kriemhildstr. 7. Dasselbst findet sich der Arbeitsnachweis.

Kübeck (Ortsverband). Alle durch- und zureisenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Lokalunterstützung bei den Ortsvereinskassierern, für die fehlenden Besuche beim Ortsverbandskassierer. Dasselbst werden auch Karten für die Herberge verabfolgt. Verkehrslokal D. Böhm, Bachmännert 120.

Lüdenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsbesuch befindet sich beim Sekretär **Herm. Bartelt, Röhmerstr. 83.**

Verbandsbedarf, Fabrik.
Abzeichen, Theaterdekorationen.
Herrn, Liste 168 1641.
Wilhelm Hamann,
Düsseldorf, Fabrikstr.

Wittenfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsbesuch von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Besuche nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer **H. König, Kärferstraße 1.**

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge 'Zur Heimat' freies Nachquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen **P. u. G. e. l.** in Steglitzer Röhlenbandung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbesuch beim Kassierer **Peschmann, Mohrenstraße 7.**

VEREINS-ABZEICHEN
liefert den Gewerkevereinskollegen billig und schnell
Königsberg, Gravier-Anstalt
Stempel- u. Vereinsabzeichenfabrik
G. TRENKEL, KÖNIGSBERG I. P.
Nicolaisstrasse 29.